

Eine Zwischenbilanz: Schwarzbuch dPV

Im Mai 2010 erschien unser Schwarzbuch dPV. Unter anderem Dank eines Artikels im Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL fand das Schwarzbuch große Verbreitung in der Selbsthilfeszene und der dPV, im Gesundheitswesen und auch in der interessierten Öffentlichkeit. Die gesamte, relativ kleine Printauflage wurde vertrieben, dazu kam eine große Zahl von Downloads von unserer Homepage www.ulrichrudolph.de, wo auch, gerade wieder aktualisiert, Reaktionen und Vorgänge rund um das Schwarzbuch dokumentiert sind. Auf dieser Homepage kann das Schwarzbuch nach wie vor kostenlos heruntergeladen werden, ist aber auch bei den Autoren als Buch erhältlich.

In den jüngsten „Parkinson-Nachrichten“ Nr. 114 erklärt der Bundesvorstand der dPV, juristisch auf ganzer Linie gesiegt zu haben. „Alle rechtlich möglichen Ansprüche auf Gegendarstellung und Unterlassung“ wollen sie gegen den Spiegel durchgesetzt haben. Rechtlich durchsetzbar waren für die dPV aber nur zwei Aspekte:

Erstens darf der Spiegel nun nicht mehr behaupten, das Büro der dPV in Neuss umfasse 360 m². Tatsächlich sollen es nur 355 m² sein. Witzigerweise enthält der jüngste, dPV-eigene Wirtschaftsprüfungsbericht nach wie vor die Größenangabe von 360 m².

Der zweite Punkt betrifft das Gehalt des Geschäftsführers. Der Spiegel darf nun nicht mehr behaupten, Herr Mehrhoff verdiene ca. 200.000 € jährlich. Laut erzwungener Gegendarstellung ist das Bruttogehalt "um mehr als 46% niedriger". Doch damit ist die dPV noch immer nicht aus der Erklärungsnot, wie weit über 300.000 € jährliche Personalkosten für zwei Vollzeit- und eine handvoll Teilzeit- und Hilfskräfte zustande kommen können. Nachfragen von Delegierten und ein entsprechender Antrag zur Offenlegung der Gehälter auf der Bundesdelegiertenkonferenz 2010 wurden abgebugelt. Die Höhe der Gehälter unterläge dem Datenschutz.

Das war, in der Tat, alles, was für die dPV juristisch möglich war. In allen weiteren Klagepunkten kam die dPV nicht durch. Dazu folgende Erklärung:

„Unterlassungen haben wir zu den Punkten Gehalt und Bürogröße abgegeben, dazu eine Gegendarstellung nur zum Gehalt. Nicht durchgekommen ist die DPV mit ihrer Forderung nach

Unterlassungen von Aussagen zum Rechenschaftsbericht und zum Kontensystem.

Erfolglos blieb auch die Forderung nach Gegendarstellungen bezüglich der Bürogröße und des Rechenschaftsberichts.

Hans-Ulrich Stoldt

DER SPIEGEL“

Der – unter Berücksichtigung der Gerichtsurteile um ganze eineinhalb Sätze gekürzte – [Spiegel-Artikel "Alles sehr schlicht"](#) ist nach wie vor lesbar, und das nunmehr sogar gerichtlich abgesegnet.

Der Verleger des Schwarzbuches wurde von der Kanzlei Schertz Bergmann aus Berlin namens der dPV zur Unterlassung in 10 Punkten aufgefordert. Die Unterlassungserklärung wurde – ohne einen Rechtsanspruch der dPV anzuerkennen – von unserem Verleger unterschrieben, um eine juristische Auseinandersetzung, stellvertretend für uns, zu vermeiden. Wir haben das Schwarzbuch dPV umgehend, nun im Selbstverlag sowie leicht überarbeitet, neu aufgelegt und geben es jetzt in eigener Verantwortung heraus.

Was die dPV in den [10 Textstellen der Unterlassungserklärung](#) meint beanstanden zu müssen (nachzulesen auf unserer Homepage), ist im Grunde eine argumentative Armutserklärung. Unsere Kernaussagen werden damit nur bestätigt.

Mit uns als Autoren setzte sich die dPV erst Ende Oktober 2010, ein halbes Jahr nach Erscheinen des Spiegel-Artikels und des Schwarzbuchs, mit einem [Schreiben des Anwaltsbüros](#) aus Berlin in Verbindung. Darin wird uns eigennütziges und verbandsschädigendes Verhalten sowie fehlerhafte Darstellung vorgeworfen. Unser Schritt wird missbilligt, Kritik öffentlich gemacht und nicht innerhalb des Verbandes gehalten zu haben. Wir werden gebeten, das zu überdenken.

In den aktuellen „Parkinson-Nachrichten“ beklagt die dPV-Vorsitzende Magdalene Kaminski bitterlich die journalistischen Methoden des Spiegel, verschweigt aber, dass von Seiten der dPV zu keiner Zeit, weder vor noch nach den jüngsten Veröffentlichungen, aussagekräftige Informationen oder Stellungnahmen herausgegeben wurden. Im Gegenteil – die dPV versuchte und versucht stets mit allen Mitteln, einen Einblick in den Verband und eine öffentliche Auseinandersetzung zu verhindern. Auf Anfragen – die Liste der anfragenden Personen und der gestellten Fragen ist lang – antwortet sie entweder gar nicht oder verschleiern und ausweichend. Berichte in Rundfunk und Fernsehen versuchte die dPV zu verhindern und zu boykottieren. Auch die 19

Fragen des Spiegel sind bis heute unbeantwortet – nicht einmal die Fragen veröffentlicht die dPV.

Diese Politik des Abschottens hat nicht verhindert, dass eine intensive Diskussion entstanden ist. Eine ganze Reihe von dPV-Mitgliedern und Regionalgruppenleiter haben sich mit uns in Verbindung gesetzt und Stellung bezogen, unsere Aussagen bestätigt, ergänzt und kritisiert. In der Parkinson-Selbsthilfe-Szene ist einiges in Bewegung, auch aufgrund der aktuellen Veröffentlichungen.

Auch innerhalb des Verbandes wird der Zustand der dPV kontrovers diskutiert. Hauptkritikpunkt ist die fehlende Transparenz des Bundesverbandes. Das drückte sich in einigen Anträgen aus den Landesverbänden zur [Bundesdelegiertenversammlung 2010](#) aus. Diese Diskussion hält offenbar an und ist nicht abgeschlossen, wenn auch die Delegiertenversammlung alle Anträge, die nach Öffnung und Veränderung rochen, abschmetterte. Dreist in diesem Zusammenhang ist die fortwährende Forderung der dPV-Führung, Kritik doch bitteschön intern zu üben, wenn gleichzeitig den eigenen Mitgliedern auf der Delegiertenversammlung kein Rederecht zugestanden wurde. Immerhin sieht sich der Vorstand gezwungen, auf die Diskussion im Lande mit der Einrichtung eines Ausschusses zur Überarbeitung der Satzung zu reagieren.

In der (Fach-)Öffentlichkeit hat der dPV-Bundesverband durch seine blinde Mauertaktik an Ansehen verloren. Die Krankenkassen haben die Förderung auf Bundesebene noch immer vorläufig eingestellt. Der Spenden-"Wächter" www.charitywatch.de warnt vor Spenden an die Parkinson-Vereinigung. Die dPV muss sich einem Monitoringverfahren der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe unterziehen. Ein Ausschuss prüft, inwieweit die dPV gegenüber ihren Sponsoren und Geldgebern ihre Unabhängigkeit bewahren kann.

Es bleibt abzuwarten, ob der dPV-Kredit über 60.000 € an die BAG die erhofften „Zinsen“ abwirft oder ob die BAG den "Verkauf" der dPV-"Parkinson Nachrichten" an Orion höher gewichtet. Nicht nur dass Orion als Hauptfinanzierer des vermeintlichen "Vereinsblättchens" agiert, vor der Herausgabe [erhält Orion auch die Korrekturabzüge](#) des quasi firmeneigenen Info-Magazins. Konsequenterweise laufen die entsprechenden Rechnungen erst gar nicht über die dPV-Bücher.

Bislang hat sich der dPV-Bundesverband vor allen inhaltlichen Stellungnahmen gedrückt. Auf Dauer wird er nicht umhinkommen, sich

den offenen Fragen zu stellen. Es ist nicht gleichgültig, ob 60% des dPV-Haushaltes der Selbsthilfe entzogen und vom Bundesverband verschlungen werden. Es ist nicht gleichgültig, ob sich eine Patientenorganisation wie die dPV in die Abhängigkeit der Gesundheitsindustrie begibt. Und es ist nicht gleichgültig, wenn die Führungsriege dieses Verbandes sich gegen Kritik, Einblick und Kontrolle abschottet und „Selbsthilfe“ losgelöst von der Mitgliedschaft betreibt.

Im Folgenden eine kleine Auswahl nach wie vor offener Fragen:

- Wie unabhängig ist die dPV von der Gesundheitsindustrie?
- Die Pharma-Firma Orion bezahlt und liest die "Parkinson-Nachrichten" Korrektur. Wie sieht diesbezüglich die Kooperationsvereinbarung als ganzes aus?
- Wie ist es zu bewerten, dass ein Medtronic-Mitarbeiter in den "Parkinson-Nachrichten" Artikel schreiben konnte?
- Welche Gegenleistung entrichtet die Versandapotheke DocMorris für Werbung durch die dPV? Was enthält die Kooperationsvereinbarung?
- Wer kontrolliert die Geschäftsführung?
- Wie transparent ist die Kassenführung?
- Wozu benötigt die dPV ca. 2000 Konten und warum erscheinen diese nicht im Jahres-Finanzabschluss?
- Wie verteilen sich Personen bezogen ca. 320.000,00 € an jährlichen Personalkosten, wie hoch ist davon der Anteil von Geschäftsführer Mehrhoff?
- Wohin verschwinden drei Viertel des Beitragsaufkommens?
- [Betreibt Geschäftsführer Mehrhoff eine eigene Anwaltskanzlei](#) in den Büroräumen der dPV? Wie sehen die entsprechenden Vereinbarungen dazu aus?

Wir als Schwarzbuch-Autoren haben Informationen und Fragen zusammengetragen, in einen Zusammenhang gestellt und öffentlich gemacht. Die aktuellen Diskussionen werden weiter gehen, auch wenn die dPV-Spitze auf Beschwichtigung und Totschweigen setzt. Wo die derzeitigen Auseinandersetzungen der verschiedenen Kräfte/Interessengruppen hinführen und was sie an Veränderung bringen werden, ist noch nicht ausgemacht. Nicht zuletzt liegt das auch am weiteren Verhalten der Regionalgruppenleiter und der Mitglieder der dPV.

Paul Hansen / Ulrich Rudolph (18.12.2010)